

Erörterung der aktuellen Situation Jedmayer

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 24. September 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (Magistratsdirektion der Stadt Wien Geschäftsbereich Organisation und Sicherheit) im Zusammenwirken mit der Kommission für Soziales, Gesundheit und Frauen zu ersuchen, die aktuelle Situation rund um die Drogenberatungseinrichtung Jedmayer zu erörtern.

Begründung

In den vergangenen Monaten wurden rund um den Jedmayer und die U6-Station Gumpendorfer Straße unterschiedliche Maßnahmen zur Verbesserung der Situation im öffentlichen Raum gesetzt. Dazu zählen insbesondere die von der Polizei eingerichtete Schutzzone rund um den Fritz-Imhoff-Park sowie verstärkte Sicherheitsmaßnahmen im Bereich der U6-Station. Nach mehreren Monaten erscheint es daher sinnvoll, gemeinsam mit den beteiligten Stellen (Stadt Wien, Sucht- und Drogenkoordination, Wiener Linien, Polizei) eine erste Bilanz zu ziehen: Welche Auswirkungen haben die gesetzten Maßnahmen auf die Sicherheitslage und die Situation im öffentlichen Raum, wo besteht weiterhin Handlungsbedarf und welche weiteren Schritte sind geplant? Eine gemeinsame Erörterung in der zuständigen Kommission soll den Bezirksrätinnen und Bezirksräten die Möglichkeit geben, sich über die bisherigen Erfahrungen zu informieren und notwendige weitere Maßnahmen für Mariahilf zu diskutieren.

Gerhard Hammerer

Antrag wurde von den Grünen, Neos und der FPÖ unterstützt und einstimmig der Kommission zugewiesen

Bankomat Kurt-Pint-Platz

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 24. September 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, Bezirksvorsteherin Julia Lessacher zu ersuchen, sich für die Errichtung eines öffentlich zugänglichen Bankomaten im Bereich des Kurt-Pint-Platzes einzusetzen und dabei insbesondere den Standort der Selbstbedienungs- und Abholstation der Österreichischen Post in der Gumpendorfer Straße 100 als möglichen Standort zu prüfen.

Begründung

Mit der Auflassung des bisherigen Bankomaten beim Supermarkt in der Brückengasse ist für die Bewohnerinnen und Bewohner des umliegenden Grätzels eine wohnortnahe Möglichkeit zur Bargeldbehebung weggefallen. Gerade für ältere Menschen sowie für Personen, die im täglichen Leben regelmäßig Bargeld verwenden, ist ein unkompliziert erreichbarer Bankomat weiterhin ein wichtiger Bestandteil der Nahversorgung.

Als möglicher Standort bietet sich insbesondere der Bereich der 24 Stunden zugänglichen Selbstbedienungs- und Abholstation der Österreichischen Post in der Gumpendorfer Straße 100 an. Durch den bereits bestehenden Post-Standort und die zentrale Lage im Grätzel bestehen dort grundsätzlich gute Voraussetzungen, um eine Bargeldversorgung für die umliegende Bevölkerung wiederherzustellen. Es soll daher geprüft werden, ob in Zusammenarbeit mit der Österreichischen Post, bank99 oder einem anderen Bankomatbetreiber an diesem Standort bzw. in dessen unmittelbarer Umgebung ein dauerhaft öffentlich zugänglicher Bankomat eingerichtet werden kann.

Veronika Zimmermann

Antrag war nicht zulässig, laut Bezirksvorsteherin gibt es aber schon konkrete Pläne der Post

Klimageräte in den Kindergärten

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 24. September 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (MA 10) im Zusammenwirken mit der Kommission für Planung, Entwicklung und Gestaltung zu ersuchen zu erheben, in welchen städtischen Kindergärten in Mariahilf noch keine Klimageräte vorhanden sind, und für diese Standorte den Einbau oder die Aufstellung geeigneter Klimageräte zur Kühlung der Räumlichkeiten zu prüfen.

Begründung

Hohe Temperaturen stellen insbesondere für Kleinkinder eine erhebliche Belastung dar, zugleich sind Kindergärten – anders als Schulen – auch während der besonders heißen Sommermonate durchgehend in Betrieb. Die Stadt Wien hat die Problematik bereits 2021 mit einer *„Studie zur sommerlichen Überwärmung in Bildungseinrichtungen der Stadt Wien“* aufgegriffen. Darin wurden eine Statuserhebung betroffener Bildungseinrichtungen, eine fachkundige Analyse der jeweiligen Situation und darauf aufbauend die Planung geeigneter Maßnahmen empfohlen. Umso wichtiger ist es, auch auf Bezirksebene Klarheit darüber zu schaffen, welche städtischen Kindergärten von sommerlicher Überhitzung betroffen sind und wo zusätzliche Kühlmaßnahmen erforderlich sind.

Im Sommer 2026 wurden nach Angaben des zuständigen Bildungsressorts lediglich an 14 von insgesamt 345 städtischen Kindergartenstandorten mobile Klimageräte im Rahmen eines Pilotprojekts aufgestellt. Damit verfügt der überwiegende Teil der Standorte weiterhin über keine entsprechende zusätzliche Kühlmöglichkeit. Da auch in den kommenden Jahren mit längeren Hitzeperioden zu rechnen ist, soll rechtzeitig erhoben werden, wie die Situation in den städtischen Kindergärten Mariahilfs konkret aussieht und an welchen Standorten Klimageräte einen sinnvollen Beitrag zum Schutz der Kinder und des Betreuungspersonals leisten können.

Veronika Zimmermann

Antrag wurde von den Grünen, Neos und der FPÖ unterstützt und einstimmig der Kommission zugewiesen

Biotonne Brückengasse

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 24. September 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (MA 48) im Zusammenwirken mit dem Umweltausschuss zu ersuchen, die Aufstellung einer öffentlich zugänglichen Biotonne in der Brückengasse, insbesondere im Bereich der Pfarre Gumpendorf, zu prüfen und bei Vorliegen eines geeigneten Standorts umzusetzen.

Begründung

Der Wunsch nach einer Biotonne in der Brückengasse wurde seitens der Pfarre Gumpendorf an die Fraktion herangetragen. Hintergrund ist insbesondere die wöchentliche Lebensmittelausgabe im Rahmen des Projekts Le+O der Caritas, bei der regelmäßig auch entsprechende biogene Abfälle anfallen können. Eine Biotonne in unmittelbarer Umgebung würde eine sachgerechte Trennung und Entsorgung dieser Abfälle erleichtern und zugleich auch den Bewohnerinnen und Bewohnern im umliegenden Grätzl eine zusätzliche Möglichkeit zur getrennten Sammlung von Bioabfällen bieten.

Veronika Zimmermann

Antrag wurde einstimmig dem Ausschuss zugewiesen

Einfärbung Radweg

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 24. September 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

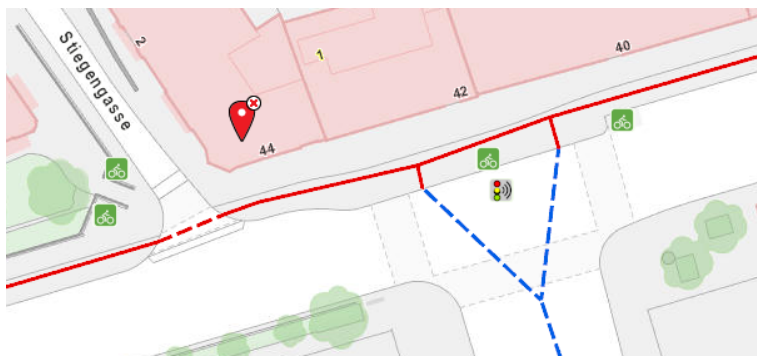
Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (MA 46) zu ersuchen, die Bodenmarkierung bzw. farbliche Kennzeichnung des Radwegs entlang der Linken Wienzeile ONr. 44 ehestmöglich zu erneuern und damit wieder eine deutlich erkennbare Abgrenzung zwischen Rad- und Gehweg herzustellen.

Begründung

Bereits in der Sitzung der Bezirksvertretung vom 11. September 2025 wurde ein entsprechender Antrag einstimmig angenommen. In ihrer schriftlichen Antwort vom 12. November 2025 teilte die zuständige Stadträtin Ulli Sima mit, dass die MA 28 noch im Herbst 2025 endgültige Instandsetzungsarbeiten im Gehsteig- und Radwegbereich durchführen und „im Anschluss [...] auch die Bodenmarkierung (Einfärbung) am Radweg erneuert“ werde. Diese angekündigte Maßnahme wurde bis dato nicht umgesetzt. Da eine deutlich erkennbare Abgrenzung von Geh- und Radweg gerade an dieser Stelle zur Orientierung und zur Vermeidung von Konflikten zwischen Fußgängerinnen und Fußgängern sowie Radfahrenden beiträgt, soll die bereits zugesagte Einfärbung nun ehestmöglich vorgenommen werden.

Gerhard Hammerer



Antrag wurde von den Grünen unterstützt und einstimmig angenommen

Folgemaßnahme zur Zusammenlegung der 57A-Haltestellen

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 24. September 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (MA 28, MA 33, MA 46) im Zusammenwirken mit der Mobilitätskommission zu ersuchen, die infolge der Zusammenlegung der bisherigen 57A-Haltestellen Stiegengasse und Laimgrubengasse zur neuen Haltestelle Köstlergasse notwendigen baulichen und verkehrsorganisatorischen Folgemaßnahmen zu prüfen und gegebenenfalls umzusetzen.

Begründung

Durch die Zusammenlegung der bisherigen Haltestellen Stiegengasse und Laimgrubengasse und die Errichtung der neuen Haltestelle Köstlergasse haben sich die Anforderungen an den Straßenraum in diesem Abschnitt der Gumpendorfer Straße verändert. So stellt sich insbesondere die Frage, ob die Verkehrsinsel im Bereich der ehemaligen Haltestelle Laimgrubengasse sowie die Gehsteigvorziehung bei der ehemaligen Haltestelle Stiegengasse in ihrer bisherigen Form weiterhin erforderlich sind. Gleichzeitig wurde im Bereich der neuen Haltestelle Köstlergasse die zuvor bestehende Ampelanlage entfernt. Die Neuordnung der Haltestellen sollte daher zum Anlass genommen werden, auch die daraus resultierenden baulichen und verkehrsorganisatorischen Folgemaßnahmen gesamthaft zu prüfen und den Straßenraum an die neue Situation anzupassen.

Marcel Flitter

Antrag wurde einstimmig der Kommission zugewiesen

Wartehäuschen 57A Köstlergasse

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 24. September 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständige Stadträtin für Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke Mag.^a Ulli Sima im Zusammenwirken mit der Mobilitätskommission zu ersuchen, sich bei den Wiener Linien dafür einzusetzen, dass bei der neuen Haltestelle des 57A in der Köstlergasse geeignete Wartehäuschen mit Sitzgelegenheiten errichtet werden.

Begründung

Mit der neuen Haltestelle des 57A Köstlergasse wurden zwei bestehende Haltestellen zusammengelegt. Zu einer zeitgemäßen Haltestelleninfrastruktur gehört jedoch auch, dass die wartenden Fahrgäste nach Möglichkeit vor Regen, Schnee, Wind und starker Sonneneinstrahlung geschützt werden.

Gerade für ältere Menschen, Familien mit Kindern sowie Personen, die längere Zeit auf den nächsten Bus warten müssen, stellt ein Wartehäuschen mit Sitzgelegenheit eine wesentliche Verbesserung des Komforts dar. Die Wiener Linien sollen daher prüfen, an welchen geeigneten Stellen im Bereich der neuen Haltestelle Wartehäuschen errichtet werden können.

Gerhard Hammerer

Antrag wurde von allen Fraktionen unterstützt und einstimmig angenommen

Wohnortnahe Substitution

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen gemäß § 19 Abs. 5 GO BV in der Bezirksvertretungssitzung am 24. September 2026 den Antrag auf Beschlussfassung folgender

Resolution

Die Bezirksvertretung Mariahilf spricht sich für eine stärkere wohnortnahe Organisation der Substitutionsbehandlung und der Abgabe von Substitutionsmedikamenten in Wien aus. Ziel soll es sein, die entsprechenden Angebote möglichst dezentral und bedarfsgerecht über das gesamte Wiener Stadtgebiet zu verteilen und bestehende Konzentrationen einzelner Angebote in Mariahilf und damit verbundener Belastungen zu reduzieren.

Begründung

Rund um den Jedmayer und die U6-Station Gumpendorfer Straße besteht seit Jahren eine besondere Konzentration von Einrichtungen und Angeboten der Wiener Suchthilfe. Die damit verbundenen Auswirkungen sind auch im umliegenden öffentlichen Raum wahrnehmbar und stellen für die Bewohnerinnen und Bewohner sowie für den Bezirk eine erhebliche Herausforderung dar.

Maßnahmen von Polizei, Wiener Linien und Bezirk können zur Verbesserung der Situation beitragen, ändern jedoch nichts an der grundsätzlichen Konzentration der Angebote an diesem Standort.

Eine stärkere wohnortnahe Organisation der Substitutionsbehandlung und der Abgabe von Substitutionsmedikamenten kann dazu beitragen, Behandlungswege für Betroffene möglichst wohnortnah zu gestalten und gleichzeitig einzelne Standorte zu entlasten.

Gerhard Hammerer

Resolution wurde einstimmig angenommen

Videoüberwachung

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf und der SPÖ Mariahilf stellen gemäß § 19 Abs. 5 GO BV in der Bezirksvertretungssitzung am 24. September 2026 den Antrag auf Beschlussfassung folgender

Resolution

Die Bezirksvertretung Mariahilf spricht sich für Maßnahmen aus, die zur Stärkung der Sicherheit und des subjektiven Sicherheitsgefühls im Umfeld der U6-Station Gumpendorfer Straße beitragen können, wozu auch der Einsatz öffentlicher Videoüberwachung zählen kann.

Begründung

Die U6-Station Gumpendorfer Straße zählt zu den wichtigsten Verkehrsknotenpunkten Wiens und wird täglich von tausenden Fahrgästen genutzt. Gleichzeitig steht der Bereich seit Jahren im Fokus von Sicherheitsdebatten. Insbesondere die Konzentration von Suchthilfeeinrichtungen im Umfeld sowie die damit verbundenen Begleiterscheinungen führen regelmäßig zu Beschwerden von Anrainerinnen und Anrainern sowie Gewerbetreibenden.

Die Bezirksvertretung Mariahilf begrüßt Maßnahmen, die in den vergangenen Monaten zur Verbesserung der Situation gesetzt wurden. Dazu zählen insbesondere die Einrichtung einer polizeilichen Schutzzone rund um den Fritz-Imhoff-Park sowie weitere Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit im Grätzel. Diese Schritte können einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Situation leisten.

Gleichzeitig bleibt das Umfeld der U6-Station Gumpendorfer Straße aufgrund seiner hohen Frequenz und seiner besonderen Herausforderungen ein Bereich, in dem Fragen der objektiven Sicherheit und des subjektiven Sicherheitsgefühls besondere Aufmerksamkeit verdienen. Im Rahmen der Anrainerversammlung am 2. Juni 2026 wurde von Teilnehmerinnen und Teilnehmern ausdrücklich auch die Forderung nach einer Videoüberwachung des Bereichs vorgebracht.

Anfang August 2025 hat Innenminister Gerhard Karner Pläne bekannt gegeben, die Videoüberwachung im öffentlichen Raum auszuweiten und diese künftig auch an potenziell betroffenen Orten zu ermöglichen. Diese Überlegungen wurden auch von Bürgermeister Michael Ludwig unterstützt, der sich ebenfalls für zusätzliche Instrumente zur Stärkung der Sicherheit im öffentlichen Raum ausgesprochen hat.

Vor diesem Hintergrund wird die öffentliche Videoüberwachung als eine mögliche Maßnahme zur Unterstützung der Sicherheitsarbeit, zur Prävention bzw. Aufklärung von Straftaten und zur Stärkung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung beurteilt.

Resolution wurde mehrheitlich angenommen (ÖVP, SPÖ und FPÖ dafür, Grüne, Neos und Links dagegen)

Versorgung mit Bankomaten

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen gemäß § 19 Abs. 5 GO BV in der Bezirksvertretungssitzung am 24. September 2026 den Antrag auf Beschlussfassung folgender

Resolution

Die Bezirksvertretung Mariahilf spricht sich für den Erhalt einer ausreichenden und flächendeckenden Versorgung mit Bankomaten im öffentlichen Raum in Mariahilf aus. Insbesondere soll auch künftig sichergestellt sein, dass die Mariahilferinnen und Mariahilfer wohnortnah und unkompliziert Bargeld beheben können.

Begründung

Auch wenn bargeldlose Zahlungsmöglichkeiten zunehmend genutzt werden, bleibt Bargeld für viele Menschen ein wichtiger Bestandteil des täglichen Lebens. Insbesondere ältere Menschen, aber auch Personen ohne Zugang zu digitalen Zahlungsmitteln sowie Kundinnen und Kunden kleinerer Geschäfte und Marktstände sind auf eine unkomplizierte Bargeldversorgung angewiesen. Ein wohnortnaher Zugang zu Bankomaten ist daher ein wichtiger Bestandteil der Infrastruktur eines dicht besiedelten innerstädtischen Bezirks.

Durch die Schließung von Bankfilialen und den damit verbundenen Abbau von Bankomaten können jedoch zunehmend Lücken in der Bargeldversorgung entstehen. Bankomaten im öffentlich zugänglichen Raum ermöglichen einen niederschweligen und grundsätzlich unabhängig von den Öffnungszeiten einzelner Bankfilialen verfügbaren Zugang zu Bargeld. Die Bezirksvertretung Mariahilf bekennt sich daher dazu, eine ausreichende Versorgung mit öffentlich zugänglichen Bankomaten im Bezirk zu erhalten und einem weiteren Verlust dieser wichtigen Infrastruktur entgegenzuwirken.

Veronika Zimmermann

Resolution wurde einstimmig angenommen